



Antrag

der Abgeordneten **Dr. Ute Eiling-Hütig, Holger Dremel, Wolfgang Fackler, Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Konrad Baur, Dr. Andrea Behr, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Kristan Freiherr von Waldenfels, Thorsten Freudenberger, Martina Gießübel, Alfred Grob, Josef Heisl, Thomas Holz, Dr. Gerhard Hopp, Björn Jungbauer, Stefan Meyer, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzinger, Tobias Reiß, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Kerstin Schreyer, Martin Stock, Peter Tomaschko, Carolina Trautner CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Dr. Martin Brunnhuber, Tobias Beck, Martin Behringer, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Gesellschaftliche Resilienz stärken – Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz im Schulalltag verankern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. ab dem Schuljahr 2026/2027 ein Gesamtkonzept zur systematischen Integration von Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutzthemen einschließlich Selbstschutz und Resilienzförderung für den Unterricht aller Schularten vorzulegen.
2. die curriculare Verankerung von Krisenresilienz im LehrplanPLUS zu prüfen und zu berichten, welche Inhalte zur Krisenbewältigung, Resilienzförderung und zum Bevölkerungsschutz bereits im LehrplanPLUS enthalten sind und bei Bedarf zu prüfen, ob weitere Kompetenzen im Bereich Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz systematisch und angemessen in den LehrplanPLUS integriert werden müssen, ohne hierfür ein eigenständiges Unterrichtsfach einzuführen.
3. sicherzustellen, dass alters- und schulartgerechte Lerninhalte insbesondere zu folgenden Themenbereichen systematisch vermittelt werden:
 - Verhalten in Notfällen, bei Naturgefahren, technischen Unglücken und anderen großflächigen Schadensereignissen
 - Verhalten bei Versorgungsausfällen wie einem länger andauernden Stromausfall und sonstigen Versorgungsstörungen
 - Grundlagen des Selbstschutzes und der Selbsthilfe
 - Erste-Hilfe, insbesondere durch Verstetigung und gegebenenfalls Ausbau bestehender Module zum richtigen Verhalten bei Notfällen, Erstmaßnahmen und deren regelmäßige Auffrischung
 - Medienkompetenz im Umgang mit Desinformation in Krisenlagen
 - Grundzüge der staatlichen Sicherheitsarchitektur und Aufgaben des Bevölkerungsschutzes

- grundlegende Orientierung im Bevölkerungsschutz einschließlich Zivilschutz im Rahmen eines gesamtgesellschaftlichen Selbstschutz- und Resilienzverständnisses
- 4. ein landesweit einheitliches Fortbildungsangebot für Lehrkräfte zur Vermittlung von Kompetenzen in Krisenvorsorge und Bevölkerungsschutz zu entwickeln und dabei wissenschaftliche Expertise einzubeziehen.
- 5. die Zusammenarbeit von Schulen mit anerkannten Akteuren des Bevölkerungsschutzes und ehrenamtlichen Einsatzkräften – insbesondere den Rettungs- und Hilfsorganisationen, den Feuerwehren, dem Technischen Hilfswerk, der Bundeswehr – zu stärken.
- 6. die Durchführung praxisnaher Übungen und schulinterner Notfallkonzepte – im Anschluss an bestehende Vorgaben zu Probealarmen und Sicherheitskonzepten – weiterzuentwickeln und darüber zu informieren.
- 7. eine Beteiligung der Schulen an ressortübergreifenden Aktionstagen, wie z. B. einem Bevölkerungsschutztag zu prüfen.

Begründung:

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass moderne Gesellschaften vielfältigen und teils parallel auftretenden Großschadenslagen, Katastrophen und sonstigen Krisen ausgesetzt sind. Neben Naturgefahren wie Hochwasser, Sturzfluten, Sturm oder Dürre und Hitze sind insbesondere die Coronapandemie als gravierende Gesundheitslage sowie technische Unglücke oder Versorgungsausfälle zu nennen. Mit hybriden Bedrohungsszenarien steigt auch die Gefahr von Cyberattacken, Sabotage, staatlich beeinflusster Desinformation und Spionage. Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass auch Szenarien des Zivilschutzes – als Teilbereich eines umfassenden Bevölkerungsschutzverständnisses – sachlich und altersgerecht thematisiert werden müssen.

Der Bevölkerungsschutz ist ein zentrales Schutzversprechen des Staates gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern. Resilienz ist dabei nicht nur eine Frage staatlicher Organisation, sondern eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie setzt informierte, handlungsfähige und verantwortungsbewusste Bürgerinnen und Bürger voraus.

Alle Bildungseinrichtungen, insbesondere die Schulen, nehmen hierbei eine Schlüsselrolle ein. Sie sind nicht nur Orte der Wissensvermittlung, sondern zentrale Räume gesellschaftlicher Orientierung und Stabilität. Gerade in außergewöhnlichen Lagen können sie junge Menschen befähigen, besonnen zu handeln, Informationen einzuordnen und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.

Erfahrungen aus jüngeren Krisenlagen zeigen, dass Krisenkompetenz nicht punktuell vermittelt werden kann, sondern einer systematischen, altersgerechten und wiederkehrenden Befassung bedarf. Einzelne Projektstage oder isolierte Maßnahmen können Impulse setzen, reichen hierfür aber nicht aus.

Bayern verfügt bereits über etablierte Strukturen des schulischen Notfall- und Krisenmanagements sowie über staatliche Unterstützungsangebote im Krisenfall. Der vorliegende Antrag knüpft hieran an und ergänzt diese Strukturen um eine systematische, präventive Kompetenzvermittlung im Rahmen des Unterrichts.

Eine systematische Integration in bestehende Fächer und Lernbereiche erscheint sachgerechter als die Einführung eines eigenständigen Unterrichtsfachs. Ziel ist es, grundlegende Handlungssicherheit zu vermitteln, ohne schulische Strukturen zu überfrachten.

Die Vermittlung von Kompetenzen in der Krisenvorsorge und im Bevölkerungsschutz zielt insbesondere darauf ab, situationsangemessenes Verhalten in außergewöhnlichen Lagen zu ermöglichen, individuelle Selbstwirksamkeit zu stärken, verantwortungsbewusstes Handeln zu fördern sowie staatliche Schutzstrukturen und gesellschaftliche Verantwortung nachvollziehbar zu machen und Wertschätzung für ehrenamtliches Engagement im Bevölkerungsschutz zu fördern.

Ziel des Antrags ist die Schaffung eines kohärenten, wissenschaftlich fundierten und praktikablen Rahmens, der die bestehenden Initiativen weiterentwickelt und dauerhaft im Schulwesen verankert. Es gilt, junge Menschen in Bayern sachlich und handlungsorientiert auf außergewöhnliche Lagen vorzubereiten – im Sinne einer resilienten und handlungsfähigen Gesellschaft.